

Im Gesundheitswesen herrscht derzeit große Spannung. Die Regierungskoalition plant weit reichende Strukturveränderungen (siehe auch „Meinung“ Seite 3). Die Ärzteschaft ist alarmiert. Die Bundesärztekammer (BÄK) befürchtet, dass die Reformen in die falsche Richtung gehen, dass weitere Schritte zur Bürokratisierung und Verstaatlichung des Gesundheitswesens getan werden sollen. Der Vorstand der BÄK hat deshalb beschlossen, für den 18. Februar 2003 einen außerordentlichen Ärztetag nach Berlin einzuberufen, der ein Signal gegen den Trend zur Staatsmedizin setzen soll. Gleichzeitig startet die Ärzteschaft gemeinsam mit den anderen Gesundheitsberufen im „Bündnis Gesundheit 2000“ eine Informationskampagne, um die Bevölkerung über die Gesundheitspolitik der Regierungskoalition aufzuklären.

Kontrolle der Behandlung und der Kosten

„Geplant sind offensichtlich staatlich initiierte Institute zur Qualitätsnormierung und Arzneimittelversorgung, ein so genannter Fortbildungs-TÜV sowie die Zerschlagung der Selbstverwaltungsstrukturen auf breiter Front“, so der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, in seiner Einladung zum außerordentlichen Ärztetag. Gleichzeitig sei vorgesehen, den Krankenkassen weit gehende Steuerungs- und Kontrollfunktionen zu übertragen. Nicht der Patient mit seinem Recht auf individuelle und professionelle Behandlung stehe im Mittelpunkt dieser politischen Konzeption, sondern die Begrenzung der Leistungsausgaben sowie die Kontrolle der Kosten und von Betreuung und Behandlung.

„Diese Politik richtet sich gegen Kranke“, sagte Hoppe dem *Rheinischen Ärzteblatt*, „das Bundesgesundheitsministerium erweckt allerdings öffentlich den Eindruck, dass sie sich gegen die Ärztinnen und Ärzte sowie andere Leistungsträger im Gesundheitswesen richtet, denen es angeblich immer noch zu gut gehen soll.“ Diese Unredlichkeit solle beim Sonderärztertag und der Informationskampagne des „Bündnis Gesundheit 2000“ offen gelegt werden, so der BÄK-Präsident: „Wenn die Regierung von Qualität und Wirtschaftlichkeit spricht,

Kommt der radikale Kurswechsel?

Am 18. Februar wird sich ein Sonderärztertag in Berlin mit der aktuellen Gesundheitspolitik beschäftigen – Protestaktionen des „Bündnis Gesundheit 2000“ gegen Zuteilung und Rationierung – Hoppe warnt vor dem Weg in die Staatsmedizin

von Horst Schumacher

auch in Nordrhein-Westfalen Aktivitäten geplant. Mit einem Stufenplan will das Bündnis flexibel auf die gesundheitspolitische Entwicklung reagieren. „Wenn der Gesetzgeber keine Einsicht zeigt, dann müssen wir zu ernstern Maßnahmen greifen“, sagte Hoppe der *Süddeutschen Zeitung*, „als Erstes werden wir die Bürokratie im

meint sie in Wirklichkeit Zuteilung und Rationierung. Und wenn wir dagegen protestieren, wird behauptet, dass wir das Patienteninteresse nur vorschieben, um unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.“

Gestufte Informationskampagne

Die Informationskampagne des „Bündnis Gesundheit 2000“ steht unter dem Motto „Gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens“ und ist bereits im Januar mit Aktionen in Bremen, Rostock, Potsdam und Stuttgart gestartet. In der zweiten Phase der Kampagne sind

Weitere Informationen zum Sonderärztertag und den Aktionen des „Bündnis Gesundheit 2000“ im Internet unter www.bundes-aerztekammer.de und www.aekno.de. RhA

System lahm legen.“ Wie Hoppe legen alle Vertreter des „Bündnis Gesundheit 2000“ großen Wert auf die Feststellung, dass die Proteste nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden. „Es wird keine Leistungsverweigerung gegenüber den Patienten geben“, hieß es nach einem Bundestreffen des Bündnisses.

Das „Bündnis Gesundheit 2000“, das die rund 4,2 Millionen direkt und indirekt im Gesundheitswesen Beschäftigten repräsentiert, hat seine Kampagnenfähigkeit erst kürzlich eindrucksvoll bewiesen. Zu einer Protestkundgebung am Brandenburger Tor konnte es im November 15.000 Menschen mobilisieren. Dabei gab es – angesichts des überfallartig auf den Weg gebrachten „Vorschaltgesetzes“ – nur wenige Tage Vorbereitungszeit.

Dieses Gesetz, das Ärzten und Krankenhäusern eine Minusrunde auferlegte, war nur ein Vorgeschmack auf den nächsten Gesetzentwurf, befürchtet die Bundesärztekammer: „Schon heute ist abzusehen, dass die kommende Gesundheitsreform den gravierendsten Einschnitt in das Gefüge des Patient-Arzt-Verhältnisses zum Ziele hat, den wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben“, erklärte Hoppe, „wir sind nicht weiter bereit, diesen Weg mitzugehen.“



„Der Sonderärztertag 2003 wird ein Zeichen setzen gegen Zuteilung und Rationierung.“ Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages. Foto: Erdmenger/ÄkNo